



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE BÜRGERPLATTFORM VOR DEN WAHLEN

- | | | |
|---|--|----|
| ■ ANALYSE | | |
| Die Bürgerplattform (PO) vor den Parlamentswahlen | | 2 |
| Janusz A. Majcherek, Krakau | | |
| ■ UMFRAGE | | |
| Das Verhältnis zur Regierung | | 7 |
| <hr/> | | |
| ■ CHRONIK | | |
| Vom 17. Mai bis 6. Juni 2011 | | 12 |

Die Bürgerplattform (PO) vor den Parlamentswahlen

Janusz A. Majcherek, Krakau

Zusammenfassung

Die *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) entstand vor zehn Jahren aus einem gesellschaftlichen Aufruhr gegen die erstarrte politische Elite der III. Republik. Mittlerweile ist sie selbst eine Machtpartei – tief in die staatlichen Strukturen eingewachsen und gezwungen, der Rebellion gegen das System Widerstand zu bieten, die von der größten oppositionellen Kraft entfacht wurde. Trotzdem oder dank dessen hat sie die Chance, die erste polnische politische Gruppierung nach 1989 zu werden, die bei den Parlamentswahlen wiedergewählt werden und die Regierungsverantwortung für eine zweite Amtszeit übernehmen könnte. Dieser Erfolg ist jedoch noch nicht sicher, denn es zeichnen sich einige Gefahren ab, die für die *PO* ernsthafte Herausforderungen darstellen.

Donald Tusk, Ministerpräsident aus den Reihen der *PO*, stammt aus einem stark wertebundenen Milieu, das er selbst mitaufgebaut hat und in dem er sich immer noch zu Hause fühlt. Aus diesem Milieu kommen auch seine engsten Mitarbeiter und Weggefährten. Es sind dies die Danziger Liberalen, die sich nach wie vor im Umfeld der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift »Przegląd Polityczny« bewegen, die in der Zeit der Volksrepublik illegal gegründet worden war. Tusk ist der Herausgeber eines Sammelbands mit dem selbstbewussten Titel »Die Idee des Danziger Liberalismus« (poln.: *Idea gdańskiego liberalizmu*), der die wichtigsten Überlegungen und Abhandlungen dieses Kreises vereint und dessen Werteprofil zum Ausdruck bringt. Nach 1989 hatte dieser Kreis versucht, seine theoretischen Leistungen praktisch in die Politik einzubringen und gründete zu diesem Zweck den *Liberal-Demokratischen Kongress* (*Kongres Liberalno-Demokratyczny – KLD*). Der Erfolg trat erstaunlich schnell ein und war spektakulär, schlug aber bald in eine empfindliche Niederlage um. Nachdem er 1990 die Staatspräsidentenwahlen gewonnen hatte, übertrug der aus Danzig stammende Lech Wałęsa Jan Krzysztof Bielecki, einem der führenden Danziger Liberalen, das Amt des Ministerpräsidenten – dies hatte vorher Tadeusz Mazowiecki inne. (Bielecki ist zurzeit Vorsitzender des Wirtschaftsrats, eines beim Ministerpräsidenten angesiedelten Beratergremiums.) Nach dem Niedergang des Kommunismus schien der Liberalismus als Ideologie der polnischen Transformation und des neuen politischen Systems zu triumphieren. Allerdings erlitt der *KLD* mit seinen ostentativen liberalen Parolen in den Parlamentswahlen von 1993 eine spektakuläre Niederlage und scheiterte an der 5%-Hürde. Damit fiel er aus dem parlamentarischen und bald darauf auch aus dem politischen Geschehen heraus. Dieses Ereignis ging in das kollektive Gedächtnis dieses Umfelds als Warnung vor einer allzu deutlichen Ideologisierung der eigenen politischen Offerte und vor einer allzu ideellen Prinzipientreue des politischen Programms ein.

Die ideengebundene Haltung wurde von Pragmatismus verdrängt.

Das Projekt der *PO*, an deren Entstehen im Jahr 2001 Tusk beteiligt war, hatte jedoch noch etwas von diesem liberalen Geist – Widerstand gegen den Etatismus und Zentralismus der politisch Verantwortlichen im Namen eines spontanen Engagements der autonomen Bürger und der von ihnen gestalteten Bürgergesellschaft (was sich auch im Namen der *Bürgerplattform* widerspiegelte, die zunächst als Verein begann). Die liberale Einstellung zum Individuum, zur Gesellschaft und zum Staat wurde nicht offen zur Schau gestellt. Die Antwort der Gesellschaft war spontan und breit gefächert, die politischen Erfolge allerdings mäßig. In den Parlamentswahlen von 2001 kamen nur knapp 13 % der Stimmen zusammen. 2005, als sowohl Parlamentswahlen als auch Staatspräsidentenwahlen stattfanden, war die Demaskierung des liberalen Gesichts der *PO* das Hauptmotiv des Wahlkampfes der Brüder Lech und Jarosław Kaczyński (*Recht und Gerechtigkeit* / *Prawo i Sprawiedliwość – PiS*). Lech Kaczyński kandidierte für das Amt des Staatspräsidenten und Jarosław Kaczyński war (und ist) Parteivorsitzender von *PiS*. Dieser doppelte Wahlkampf tobte um die von den Kaczyńskis geprägte Gegenüberstellung »solidarisches Polen« vs. »liberales Polen« und endete mit ihrem doppelten Sieg und der doppelten Niederlage der *PO*. Tusk war damals als *PO*-Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten aufgestellt worden. Der Liberalismus schien damit gesellschaftlich diskreditiert und politisch begraben zu sein.

Jedoch endete die Regierung von *PiS*, die eine kompromittierende Koalition mit Populisten und Nationalisten eingegangen war, von Skandalen begleitet in einer politischen Niederlage. In den vorgezogenen Neuwahlen erhielt die *PO* massenhaft Unterstützung, die nicht zuletzt auf das Bedürfnis nach einem Antidotum gegen die abschreckenden Leistungen der Brüder Kaczyński zurückzuführen ist. Zum Sieg verhalf der *PO* insbesondere die neue, junge Mittelklasse, die teilweise als

neues Bürgertum bezeichnet wird. Ihr Entstehen und Erstarren ist ein Ergebnis des Transformationsprozesses seit 1989.

Im Verlauf dieser Transformation fand in Polen eine heftige, tief greifende und breit angelegte Umgestaltung der gesellschaftlichen Struktur statt. Die plötzlich verschwindenden und neu entstehenden, schnell schrumpfenden und sich rasch vergrößernden sozialen Gruppen suchten eilig und chaotisch ihre politische Vertretung, was zur Instabilität des Parteiensystems führte sowie zu seiner ebenso plötzlichen wie unkoordinierten Umgestaltung. Die Interessen, Erwartungen und ehrgeizigen Pläne von Gruppen spielten bei dieser Neugestaltung eine größere Rolle als ideelle Überzeugungen oder doktrinäre Präferenzen. Daher gibt es in Polen keine eindeutig konservative Partei (und das in einer stark katholischen Gesellschaft, deren Papst über lange Jahre ein Landsmann war!), ebenso wenig wie eine eindeutig sozialdemokratische (die Linke wurde mit dem Kommunismus assoziiert und repräsentierte die Interessen der post-kommunistischen Elite und der sozialen »post-kommunistischen Waisen«) oder liberale Partei. Die *PO* will letztere auch nicht sein, zumindest will sie nicht als eine solche betrachtet werden – im Europäischen Parlament gehören ihre Vertreter zur Fraktion der *Europäischen Volkspartei (EVP)* und nicht zur liberalen *Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)*. Im politischen Diskurs im Inland vermeidet sie es, eindeutige ideologische und doktrinäre Aussagen zu treffen und insbesondere den Begriff »Liberalismus« zu verwenden. Das Firmenzeichen der *PO* wurde ein gemäßigter Pragmatismus, der den Erwartungen der neuen Mittelklasse entspricht, die die gesellschaftliche Basis dieser Partei ist.

Dieser Pragmatismus hat zweierlei Ausprägung. Zum einen ist er nicht ideologisch. Das Motto von Ministerpräsident Tusk und der *PO*-Regierung ist, konkrete Probleme zu lösen und nicht irgendein komplexes ideelles Projekt umzusetzen. Dies entspricht der neuen Mittelklasse, die wächst und sich festigt und vor allem mehr Stabilität und ruhige Bedingungen für die eigene Entwicklung wünscht als ideologisch motivierte Pirouetten, Auflehnungen oder Kampagnen. Eine solche vorsichtige und zurückhaltende Politik erfordert zumindest keine ideelle Selbstverleugnung der *PO*-Führung und des Ministerpräsidenten, stimmt sie doch mit dem Modell des liberalen, ideologisch neutralen Staats überein, der die Einmischung in das gesellschaftliche Leben und vor allem in die wirtschaftliche Sphäre einschränkt.

Zum anderen drückt sich der Pragmatismus der *PO* in der genauen Berücksichtigung der sozialen und politischen Wirklichkeit aus (Pragmatismus = Realismus) sowie in der effektiven Kommunikation mit der Gesell-

schaft, was als Zeichen zu werten ist, dass die Partei ein professionelles Bild von sich abgibt. Tusk versteht es ausgezeichnet, sich mit der Bevölkerung und den Medien zu verständigen, er besitzt eine natürliche Überzeugungskraft, die diskret von PR-Beratern perfektioniert wird. Das Image des pragmatischen Regierungschefs, der frei von politischem Eifer und ideologischer Verbissenheit ist, kommt weiten Teilen der Gesellschaft entgegen, die zunehmend erschöpft auf die von der Opposition ausgerufenen und geschürten ideologischen Konflikte und Kriege reagieren.

Reicht Pragmatismus aus?

Ein grundsätzlicher Wert des Pragmatismus von Tusk und der *PO* ist die Gegnerschaft gegenüber ideologischer Verbissenheit, doktrinärem Fanatismus und politischer Hitzigkeit, die von Jarosław Kaczyński, seinen Parteikollegen und seinen Anhängern aggressiv entfacht und ungehemmt demonstriert wird. Das von ihnen offensiv erklärte Ziel ist die Beseitigung des gegenwärtigen politischen und sozialen Systems, das in dem Schlagwort, die III. Republik durch die IV. Republik zu ersetzen, zum Ausdruck kommt. Experten und Kommentatoren diskutieren darüber, ob es sich um eine grundsätzliche Reformierung der Regeln der polnischen Demokratie handeln soll oder schlicht um ihre Beendigung oder zumindest um eine wesentliche Schwächung und Einschränkung. In jedem Fall hat die aufdringliche und aggressive Unterstützung dieses destruktiven Krawalls immer noch abschreckende Wirkung und mobilisiert diejenigen, die die Perspektive politischer Erschütterungen beunruhigt. Die Zahl der Polen, die angesichts des gegenwärtigen politischen, sozialen und ökonomischen Systems so unzufrieden und frustriert sind, dass sie ein radikales Programm, das System zu ändern, unterstützen würden, ist immer noch geringer als die Zahl derjenigen, die an Stabilität und Einschätzbarkeit der Situation und an einer stetigen Entwicklung statt an einem Umsturz interessiert sind. In politischer Hinsicht bedeutet das, dass die *PO*-Anhänger die Sympathisanten von *PiS* überwiegen.

Dies kann sich allerdings ändern und ändert sich auch tatsächlich in einem bestimmten Bereich. Eine grundsätzliche Gefahr für die regierende *PO* kommt von außen und hat mit den Folgen der Wirtschaftskrise zu tun, die das gesellschaftliche Bedürfnis nach Stabilität und die Entwicklungsperspektive berühren – auch wenn es Polen gelungen ist, der Rezession zu entgehen, was ein wesentlicher Erfolg der Regierung Tusk ist. Gemäß der Strategie, hastige und breit angelegte Aktionen zu vermeiden, hat die Regierung weder die Wirtschaft mit steigenden öffentlichen Ausgaben stimuliert (nach amerikanischem Muster) noch hat sie sie mit Einsparungen

beschnitten (nach britischem Muster oder wie die Länder, die von der Krise am stärksten betroffen sind wie Griechenland und Portugal). Die wirtschaftliche Verlangsamung hat jedoch das Ungleichgewicht in den öffentlichen Finanzen vergrößert und machte Schritte erforderlich, die zwar nicht übereilt, aber doch entschieden und zügig zu Sparmaßnahmen führten, was sich im Wahljahr auf die gesellschaftliche Unterstützung der Regierungspartei auswirken kann. Die heftige Debatte, die von der gesetzlich verabschiedeten Beschränkung der Einzahlungsbeiträge der Versicherten auf die individuellen Rentenkonten ausgelöst wurde, machte nicht nur eine objektiv vorhandene Bedrohung und Anspannung im Bereich der öffentlichen Finanzen bewusst, sondern auch eine teilweise Einschränkung und Bedingtheit der Finanzpolitik der Regierung – beispielsweise die Unfähigkeit, Reformen bei der verschwenderischen und kontraproduktiven Unterstützung der Landwirtschaft durchzuführen, was auf die ablehnende Haltung des Koalitionspartners, der *Polnischen Bauernpartei (Pol-skie Stronnictwo Ludowe – PSL)*, zurückzuführen ist. Die hohe Inflation, ein Ergebnis äußerer Faktoren, wirkt sich in Form steigender Preise aus und verschlechtert die Stimmung in der Bevölkerung. Die Regierung Tusk kommt recht gut mit der Krise zurecht, die weder sie noch Polen verschuldet hat, aber im gesellschaftlichen Bewusstsein bleiben der Eindruck von Schwierigkeiten und das Gefühl von Instabilität zurück, was mit den Erwartungen an die *PO*-Regierung nicht harmoniert.

Als besonders ungünstig für die Regierungspartei kann sich eine Politik erweisen, die sich auf die laufenden Regierungsgeschäfte und die Lösung konkreter Probleme beschränkt, wenn ihre Verwaltungstätigkeit als inkompetent und die Probleme als ungelöst bewertet werden. Dies droht insbesondere dem Programm der Modernisierung der Infrastruktur. Die Einsparungen im öffentlichen Haushalt, aber auch die organisatorischen Unzulänglichkeiten verzögern und beschränken den Ausbau des Autobahnnetzes, und die offenkundige Inkompetenz und das Fehlen eines strategischen Entwicklungskonzepts haben die Polnische Staatsbahn PKP ruiniert. Wenn sich herausstellt, dass die Regierung Probleme mit dem Autobahnbau und der Modernisierung der Bahn hat, kann das Image der pragmatischen Technokraten ernsthaft leiden. Eine Politik der kleinen Schritte bedeutet, dass die möglichen Erfolge auch nur klein sind. Das Fehlen großer Projekte zieht auch ein Fehlen großer Errungenschaften nach sich. Auch wenn es zahlreiche kleine Erfolge gäbe, würde ihre Summe trotzdem nicht einen so starken Eindruck hinterlassen wie eventuelle spektakuläre Leistungen in einigen neuralgischen Bereichen. Zwar schützt dies auch vor großen Niederlagen, aber es kann

den Eindruck eines unzureichenden Entwicklungstempos hervorrufen.

Eine unzufriedene Wählerschaft...

Enttäuschung und Ungeduld zeigten sich in zwei Gruppen, die als besonders starke *PO*-Unterstützer gelten: bei den Stars und Sternchen der Massenkultur und bei den Wirtschaftsexperten. Erstgenannte sind sowohl von der geringen Aktivität als auch vom Konservatismus der Regierungsequipe enttäuscht. Zum symbolischen Vertreter, der die Stimmung dieser Gruppe artikuliert, wurde der Chefredakteur der polnischen Ausgabe des »Playboy« Marcin Meller, der seinen Frust öffentlich in den Medien aussprach. Seinen Auftritt, der gleichzeitig mit einigen anderen, gleichermaßen spektakulären stattfand, kann man als Aufstand derjenigen *PO*-Wähler interpretieren, die in sozialen Fragen liberaler eingestellt sind und die von der *PO* mehr Courage in gesellschaftlichen und kulturellen Fragen erwarten. Die kritische Haltung der Wirtschaftsexperten verkörpert wiederum Leszek Balcerowicz, der Vater der polnischen Transformation und die Führungsfigur des wirtschaftlichen Liberalismus. Auch wenn seine Kritik an der Übernahme der individuellen Rentenbeiträge aus den kommerziellen Fonds in das öffentliche Rentensystem als zu hart und einseitig bewertet worden ist, stimmen doch viele einflussreiche und meinungsbildende Wirtschaftsexperten dem Vorwurf zu, die Regierung sei in makroökonomischen Dingen übervorsichtig und handle nur kurzfristig orientiert. Die Strategie der kleinen Schritte und der Beschränkung auf die laufende Verwaltungstätigkeit zeige einen unverhohlenen Unwillen, große Reformen anzugehen, und diese seien – so die Meinung vieler Wirtschaftsexperten – notwendig für die polnische Wirtschaftspolitik, insbesondere für die Finanzpolitik, aber auch angesichts der Herausforderungen der noch immer nicht bewältigten globalen Krise und der Erschütterungen in der Europäischen Union, deren Ratsvorsitz Polen ab dem 1. Juli 2011 übernehmen wird.

Die Debatte über den Zustand der öffentlichen Finanzen enthüllte verschiedene Deformationen im Sozialversicherungssystem, zum Beispiel die ungerechtfertigten und ungerechten Rentenprivilegien für bestimmte Berufsgruppen, die Verschwendung bei der Bewilligung und Auszahlung verschiedener sozialer Leistungen und die Unfähigkeit, dies einzuschränken. Der Ministerpräsident und die Regierung sagen fast geradeheraus, dass die Aufhebung derart kostspieliger und unbegründeter Ausgaben aus politischen Gründen schwierig sei, da dies den Widerstand bestimmter sozialer Gruppen hervorrufen und zu einem Verlust an Unterstützung für die Regierungspartei führen könne. Das erlaubt einigen Kommentatoren, auch solchen, die

der Politik von Tusk und seiner Regierung wohlwollend gegenüber eingestellt sind, diese des Konjunkturalismus und Opportunismus zu bezichtigen. Die Entstehung und Verfestigung des Eindrucks in der Bevölkerung, dass der Pragmatismus der *PO* aus Konjunkturalismus und Opportunismus heraus geboren ist und zur Flucht vor der Lösung schwieriger und wesentlicher Probleme führt, kann dem Ansehen der Partei und ihrer Führung immens schaden. Paradoxiertweise kann die Abneigung, sich bei irgendeiner sozialen oder Berufsgruppe unbeliebt zu machen, zu Ernüchterung in der wichtigsten Gruppe führen, nämlich in der neuen Mittelklasse, die von der übervorsichtigen Politik der Regierung enttäuscht wird und die das Gefühl beschleichen kann, dass ihre Erwartungen ignoriert werden, weil sich die *PO*-Politiker ohnehin sicher wähnen, dass sie von dieser Gruppe gewählt werden. Meinungsumfragen zeigen, dass die Akzeptanz für soziale Privilegien sinkt und diese immer häufiger als unverdient und ungerecht bewertet werden, während die Zustimmung, sie aufzuheben oder zu beschränken, steigt.

Seit kurzem gibt es Signale aus Regierungskreisen, dass Lehren aus dieser Situation gezogen werden. Eine der deutlichsten ist die Ankündigung einer grundsätzlichen Reform des außergewöhnlich großzügigen, nachgerade verschwenderischen Rentensystems der uniformierten Dienste. Dass dieser Vorschlag einige Monate vor den Parlamentswahlen im Herbst gemacht wird, suggeriert ein Umschwenken in der Taktik, alle heiklen Fragen zu umgehen. Nun sollen mutigere Lösungen gefunden werden, um der Regierungspartei das Image von Standhaftigkeit zu geben.

... die passiv ist

Es ist allerdings zweifelhaft, ob der aggressiven Kampagne der Opposition wirksam Widerstand geleistet werden kann, ohne die eigene Wählerschaft zu mobilisieren und mit einer attraktiven und überzeugenden Vision zu packen. Jarosław Kaczyński und seine Umgebung haben so eine Vision, die ihre Wähler mitreißt, auf einer national-katholischen Ideologie aufgebaut. Die Frage ist, ob deren Gegenpart eine andere Vision sein sollte oder überhaupt keine Vision. *PiS* hat ihr »Großes Projekt« formuliert, das sich auf diese Vision und eine ideologische Grundlage stützt. Die *PO* steht vor dem Dilemma, diesem entweder ein eigenes »großes Projekt« entgegenzusetzen oder ein solches nicht zu haben bzw. die Notwendigkeit zu bestreiten, ein solches Projekt zu brauchen. Die zweite Lösung, die bisher eindeutig bevorzugt und sogar geradeheraus benannt wurde, hat den Nachteil, dass sie keine mobilisierende Kraft in sich birgt. Bisher hat die Angst vor der Vision von *PiS* und vor den von ihr unterstützten Projekten die mobilisierende Rolle über-

nommen. Die Wählerschaft der *PO* wurde durch die Gefahr von Seiten *PiS* aktiv, also durch eine negative Motivation. Es ist nicht klar, ob das Gefühl von Gefahr seine mobilisierende Kraft bis zu den Wahlen in diesem Herbst beibehält, insbesondere da die *PiS*-Regierung in den Jahren 2005 bis 2007 im Gedächtnis der weniger politisch interessierten und engagierten Wähler bereits verblasst und sich für die jüngste Wählergeneration keine persönlichen Erfahrungen und Erinnerungen damit verbinden. Die vergangenen Wahlen hat die *PO* dank der beispiellosen Mobilisierung der großstädtischen liberalen Wählerschaft gewonnen, die genug von der streitsüchtig-populistischen Regierung der Kaczyńskis hatte. Nach dem tödlichen Unfall des Staatspräsidenten Lech Kaczyński bei der Flugzeugkatastrophe von Smolensk im April 2010 hat Bronisław Komorowski, der die *PO* repräsentiert, das Amt des Staatspräsidenten übernommen. Die vorherrschende Einschätzung, dass ein Wahlsieg von *PiS* in den bevorstehenden Parlamentswahlen unwahrscheinlich sei, die sich in den Umfragen in einigen Prozentpunkten mehr für *PO* widerspiegelt und auf diese Weise bestätigt wird, hat ebenfalls einen demobilisierenden Einfluss auf die Wählerschaft der regierenden Partei. *PiS* dagegen hat ein diszipliniertes Wählervolk, das seine Partei leidenschaftlich unterstützt und von den Meinungsumfragen außerdem nicht sonderlich beachtet wird, weil es sich verstärkt in peripheren und medial kaum wahrgenommenen Milieus bewegt. Die Strategen von *PiS* verschweigen ganz bewusst nicht, dass eine niedrige Wahlbeteiligung ihrer Partei dienen würde, da dies den prozentualen Anteil ihrer Wählerschaft an den abgegebenen Stimmen erhöhen würde.

Varianten einer möglichen Koalition

Bisher hat die Enttäuschung eines Teils der *PO*-Wähler noch nicht zu einem Anstieg der Unterstützung für *PiS* geführt. Die beiden Parteien sind zu unterschiedlich und ihre Wähler sind zu gegensätzlich, als dass ein gegenseitiges Abwerben von Wählerstimmen möglich wäre. Die, die von der *PO* enttäuscht sind, sehen eher die *Demokratische Linksallianz* (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*) als Alternative, was seit einigen Monaten in der steigenden Unterstützung in Meinungsumfragen zum Ausdruck kommt: Die *SLD* liegt bei 15 bis 20 %. In den letzten Parlamentswahlen trat sie im Wählerblock *Linke und Demokraten* (*Lewica i Demokraci – LiD*) an, der 13 % der Stimmen erhielt. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass die *SLD* der künftigen Regierungskoalition angehören wird, also entweder der bestehenden Koalition aus *PO* und *PSL* beitreten oder die *PSL* ersetzen wird. Die erste Variante würde zwar eine weniger plötzliche Veränderung bedeuten, aber für die *PO* die größere Gefahr darstellen, da sie dann zwischen

zwei Koalitionspartnern säße, die gleichermaßen fordernde soziale Gruppen repräsentieren: die Landwirte und Landbevölkerung auf der einen Seite und die Arbeiter und die sozial benachteiligte Wählerschaft auf der anderen Seite. Dies könnte zu Lähmung und Stagnation führen und noch größere Enttäuschung bei den ungeduldig gewordenen *PO*-Anhängern hervorrufen. Der Austausch des gegenwärtigen Koalitionspartners gegen die *SLD* würde dagegen die Chance eröffnen, die allgemein und ungeduldig erwarteten Reformen in der landwirtschaftlichen Sozialpolitik durchzuführen.

Eine Koalition aus *PO* und *SLD* wäre auch unter kulturellem Aspekt kohärenter. Soziologische Untersuchungen zeigen, dass sich die Wähler beider Parteien in vielerlei Hinsicht kulturell näher und miteinander kompatibel sind. In der polnischen Gesellschaft finden immer noch deutliche kulturell-wertebezogene Entwicklungen statt. Der Einfluss der katholischen Kirche verringert sich systematisch und damit verbunden auch der kulturelle Konservatismus, der Rigorismus im Lebensstil und der mentale Traditionalismus. Dagegen schreiten die Laizisierung und die Liberalisierung der zwischenmenschlichen und sozialen Beziehungen voran. Die *PO*, in der die konservative oder gar kirchennahe Strömung immer noch stark, vielleicht die einzige deutliche ist, läuft Gefahr, die liberalen Tendenzen und Veränderungen in ihrer Wählerschaft zu verfehlen. Ein großer Teil wählt die *PO* nicht wegen, sondern trotz ihres Konservatismus, um so dem radikaleren Konservatismus von *PiS* vorzubeugen. Die *PO* kann für diesen Teil ihrer bisherigen Wähler allmählich zu konservativ werden, ebenso für die Erstwähler, was zur Unterstützung für die *SLD* führen kann.

Allerdings ruft die Perspektive einer Koalition mit der *SLD* bereits Unzufriedenheit und Spannungen in der *PO* hervor, was dazu führen kann, dass ihr konservativer Flügel die Partei auseinanderbrechen lassen kann. Auch aus diesem Grund bevorzugt die *PO*-Führung die ruhigere Koalitionsvariante, nämlich die Fortsetzung der Regierung mit der *PSL*. Jedoch balanciert die Bauernpartei auf dem Grat der 5%-Hürde. Es kann sein, dass sie nicht ins Parlament einziehen oder dort nur schwach repräsentiert sein wird. Außerdem ist sie für ihre Illoyalität und ihre Bereitschaft bekannt, mit jedem eine Koalition einzugehen – früher hatte sie schon einmal zusammen mit der *SLD* regiert. Nicht ausgeschlossen ist daher auch ein Schwenk zu *PiS*, mit der sie eine ähnliche Wählerschaft aus Kleinstädten und Dörfern verbindet.

Die Strategie für die Wahlen und die EU-Ratspräsidentschaft

Die Parteistrategen der *PO* bemühen sich, den Abfluss der Wählerstimmen nach links aufzuhalten, indem

Politiker der Linken in die eigenen Reihen aufgenommen werden und der eigene linke Flügel gestärkt wird. Das spektakulärste Beispiel war unlängst der Übertritt des bekannten und beliebten *SLD*-Fraktionsmitglieds Bartosz Arłukowicz in die Regierungspartei. Er erhielt nicht nur einen Posten als Staatsminister beim Ministerpräsidenten, ihm wurde auch der erste Platz auf der Wahlliste der Stettiner *PO* versprochen. Die Strategie der *PO* besteht darin, einen möglichst großen Teil der linken Wählerschaft zu halten bzw. aufzunehmen, um einer Regierungskoalition mit der Linken zu entgehen. Der Ministerpräsident und seine Parteikollegen warnen außerdem hartnäckig vor der Möglichkeit einer Koalition aus *PiS* und *SLD*, was die linken Wähler, vor allem die der *PiS* feindlich gegenüber eingestellten, davon abbringen soll, für die *SLD* zu stimmen.

Die *PO* rechnet auch mit der bevorstehenden EU-Ratspräsidentschaft Polens, die am 1. Juli 2011 beginnt und in deren Verlauf der heimische Wahlkampf und die Parlamentswahlen stattfinden werden. Die Besuche führender europäischer Politiker und die Beratungen europäischer Gremien in diesem Zeitraum verleihen dem Ministerpräsidenten, seiner Regierung und der Regierungspartei sicherlich viel Glanz. Fachlich steht Polen hinsichtlich der Ratspräsidentschaft allerdings auf einer schwachen Position. Die europäische Agenda wird zurzeit und sicherlich auch in der Zukunft von Fragen dominiert, zu denen Polen nicht viel sagen und vorschlagen kann: die Rettung der Wirtschaft der Länder, die zur Euro-Zone gehören – Polen gehört nicht dazu; die Politik gegenüber den nordafrikanischen Emanzipationsbewegungen und sozialen Migrationen – in diesem Bereich hat Polen keine Erfahrungen und keinen Überblick, schon gar nicht im Vergleich zu Frankreich, Spanien und Italien. Das Beispiel Tschechien zeigt, dass der EU-Ratsvorsitz nicht unbedingt die Position der Regierung im Land stärkt: In Tschechien brach in dieser Zeit eine Regierungskrise aus. Das Beispiel Ungarn zeigt, dass dieses Amt nicht unbedingt spektakulären Nutzen bringen muss: Der ungarische Ministerpräsident wurde bei der Entscheidung über eine Intervention in Libyen, bei der Diskussion über die Möglichkeit einer zeitweiligen Wiedereinführung der Grenzkontrollen im Schengen-Raum oder bei der EU-Immigrationspolitik praktisch übergangen. So kann es auch Polen geschehen, dass die EU-Ratspräsidentschaft weder eine Stärkung des Regierungslagers noch prestigereiche Erfolge mit sich bringen wird, ganz zu schweigen von fachlichen Erfolgen, die sich von der regierenden Partei für die Wahlen in Polen politisch ausnutzen ließen.

Nach einigen Monaten schwankender oder sinkender Unterstützung für die *PO* in Meinungsumfragen sta-

bilisiert sich die Lage oder zeigt sich sogar eine steigende Tendenz. Viele Kommentatoren und Experten beziehen das auf den Applaus der Bevölkerung für die energische Aktion von Ministerpräsident Tusk gegen die Fußballhooligans in polnischen Stadien. Entschiedenheit bei der Auseinandersetzung mit aufgestauten und empörenden Problemen erweist sich als politisch profitträchtig. Der Parteichef und die Führung der Regierungspartei müs-

sen bis zu den Parlamentswahlen im Herbst das aktuelle Regierungsgeschäft mit einem mutigeren Vorgehen bei der Lösung der wichtigsten Probleme geschickt verbinden. Noch ist nicht klar, welche der beiden Aufgaben die schwierigere ist.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

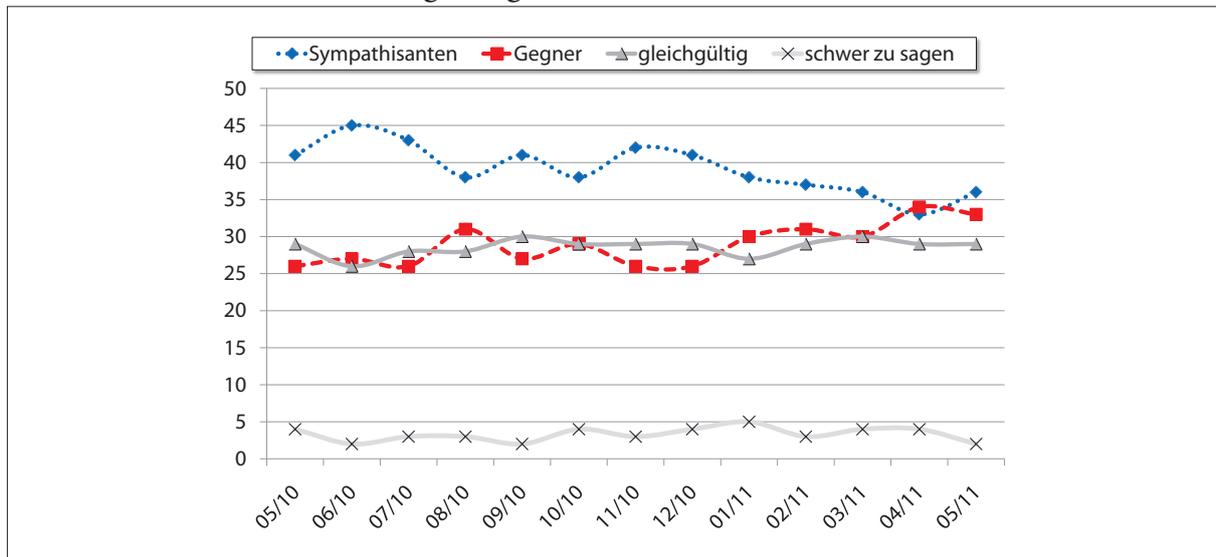
Über den Autor:

Janusz A. Majcherek ist Professor am Institut für Philosophie und Soziologie der Pädagogischen Universität in Krakau (Uniwersytet Pedagogiczny w Krakowie). Er schreibt regelmäßig politische und gesellschaftliche Analysen und Kommentare für die Presse (*Tygodnik Powszechny*, *Gazeta Wyborcza*), Fernsehsender (*TVN24*, *Superstacja*) und Radiosender (*TOK FM*) in Polen. Darüber hinaus publiziert er in *Przegląd Polityczny*, im deutsch-polnischen Magazin *Dialog* sowie im *Jahrbuch Polen* des Deutschen Polen-Instituts.

UMFRAGE

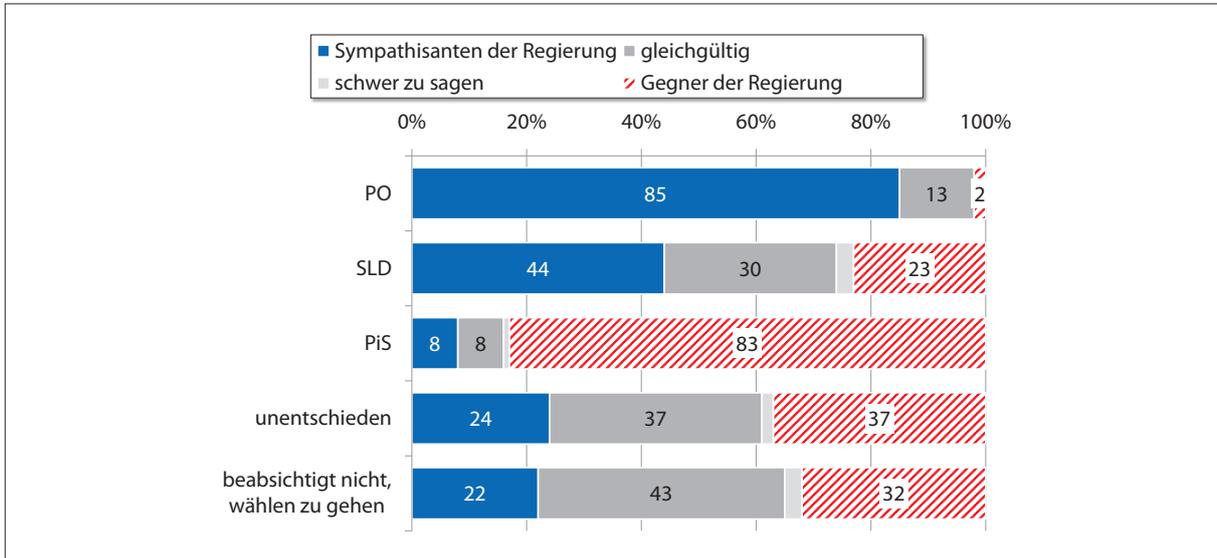
Das Verhältnis zur Regierung

Grafik 1: Das Verhältnis zur Regierung (%)



Quelle: CBOS BS/56/2011: *Stosunek do rządu w maju* [Das Verhältnis zur Regierung im Mai]. Warszawa 05/2011. www.cbos.pl

Grafik 2: Das Verhältnis zur Regierung nach potentiellen Wählerschaften



Repräsentative Erhebung 5.–11. Mai 2011

Anm.: Aufgrund der geringen Anzahl von PSL-Anhängern in der Umfrage wurden sie nicht in die Auswertung aufgenommen.

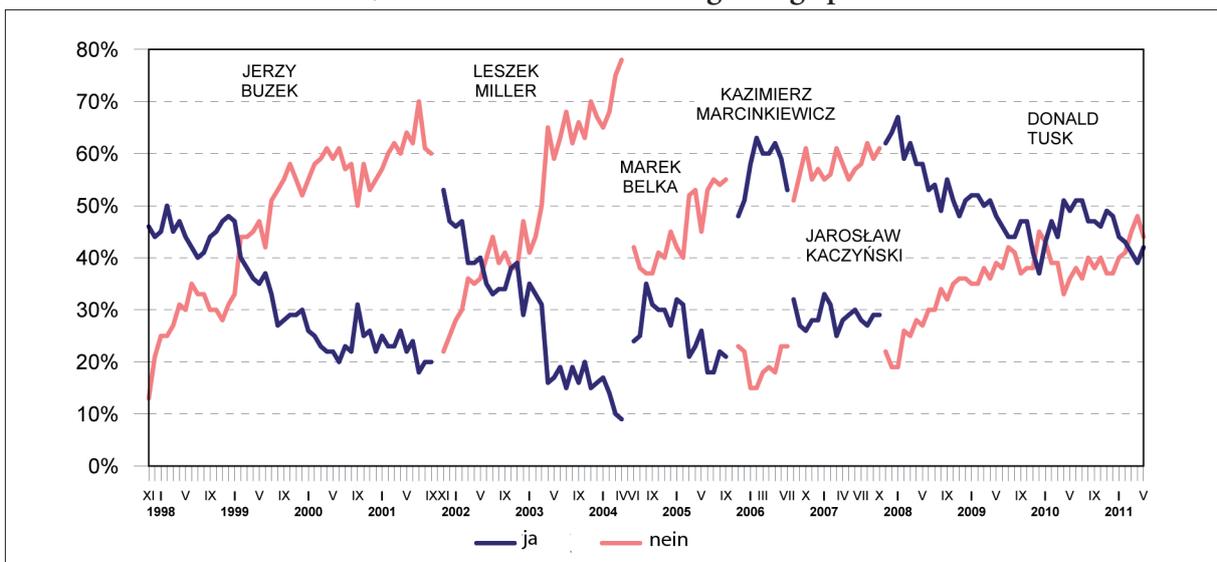
PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform

SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej/Demokratische Linksallianz

PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit

Quelle: CBOS BS/56/2011: Stosunek do rządu w maju [Das Verhältnis zur Regierung im Mai]. Warszawa 05/2011. www.cbos.pl

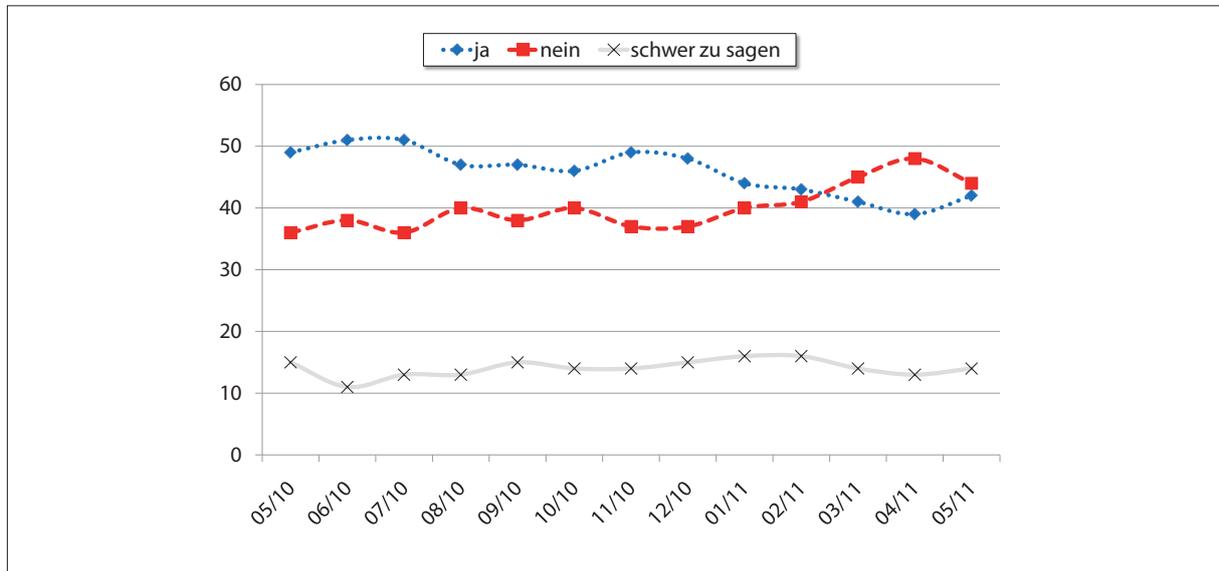
Grafik 3: Sind Sie zufrieden, dass zurzeit ... an der Regierungsspitze steht?



Anm.: Die Antwort »schwer zu sagen« wurde nicht berücksichtigt.

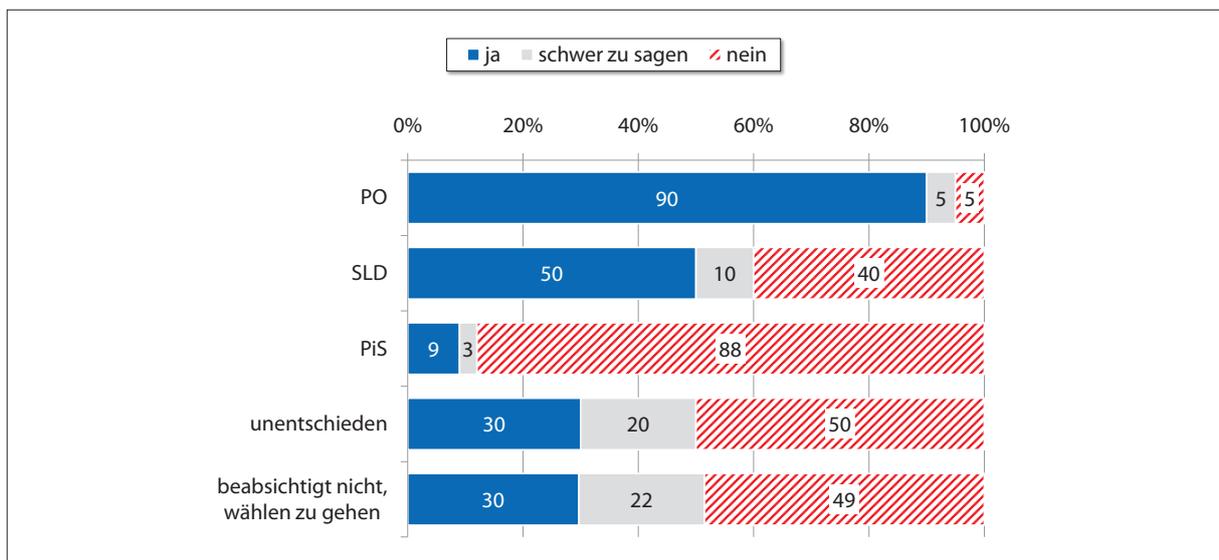
Quelle: CBOS BS/56/2011: Stosunek do rządu w maju [Das Verhältnis zur Regierung im Mai]. Warszawa 05/2011. www.cbos.pl

Grafik 4: Sind Sie zufrieden, dass Donald Tusk an der Regierungsspitze steht? (%)



Quelle: CBOS BS/56/2011: Stosunek do rządu w maju [Das Verhältnis zur Regierung im Mai]. Warszawa 05/2011. www.cbos.pl

Grafik 5: Sind Sie zufrieden, dass Donald Tusk an der Regierungsspitze steht? (nach potentiellen Wählerschaften)



Repräsentative Erhebung: 5.–11. Mai 2011

Anm.: Aufgrund der geringen Anzahl von PSL-Anhängern in der Umfrage wurden sie nicht in die Auswertung aufgenommen.

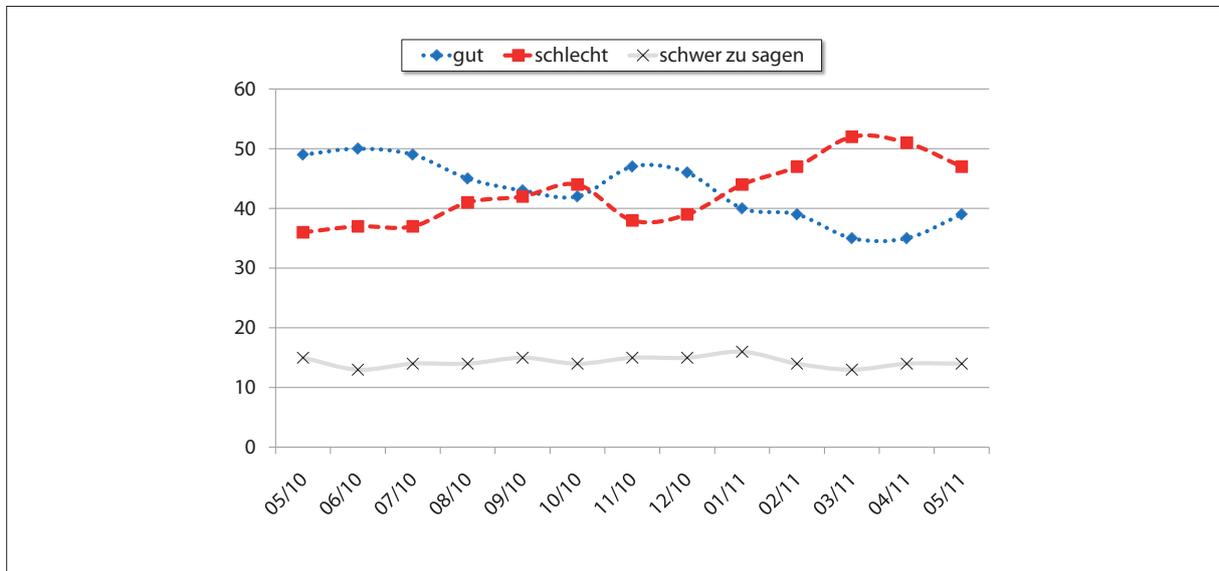
PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform

SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej/Demokratische Linksallianz

PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit

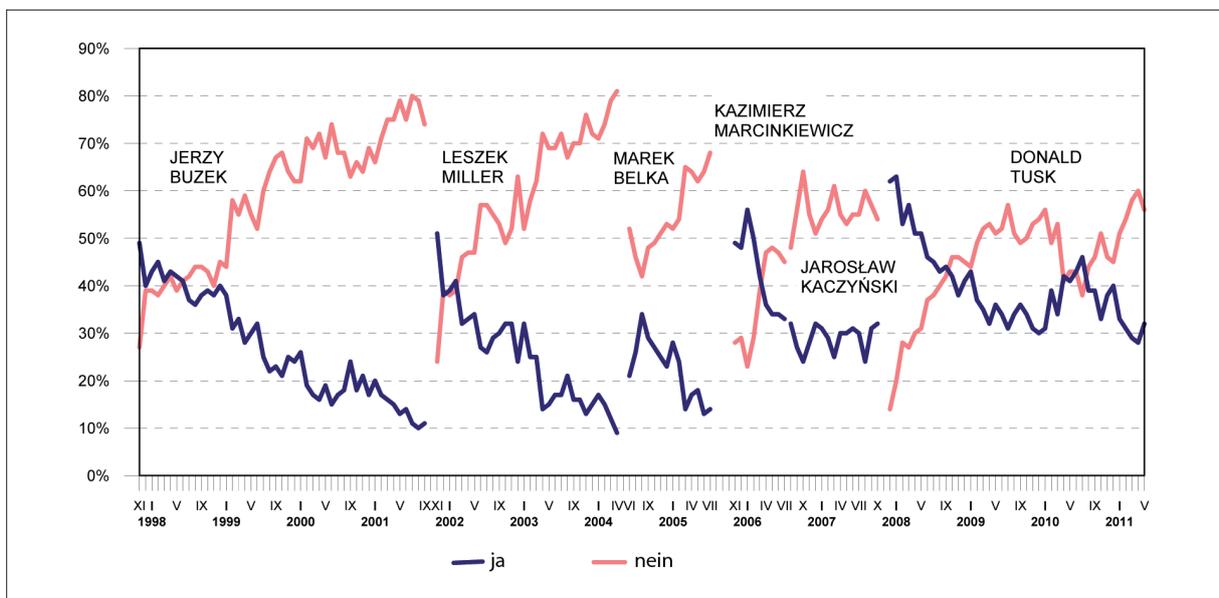
Quelle: CBOS BS/56/2011: Stosunek do rządu w maju [Das Verhältnis zur Regierung im Mai]. Warszawa 05/2011. www.cbos.pl

Grafik 6: Wie beurteilen Sie die Ergebnisse der Tätigkeit der Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk seit ihrer Amtsübernahme? (%)



Quelle: CBOS BS/56/2011: Stosunek do rządu w maju [Das Verhältnis zur Regierung im Mai]. Warszawa 05/2011. www.cbos.pl

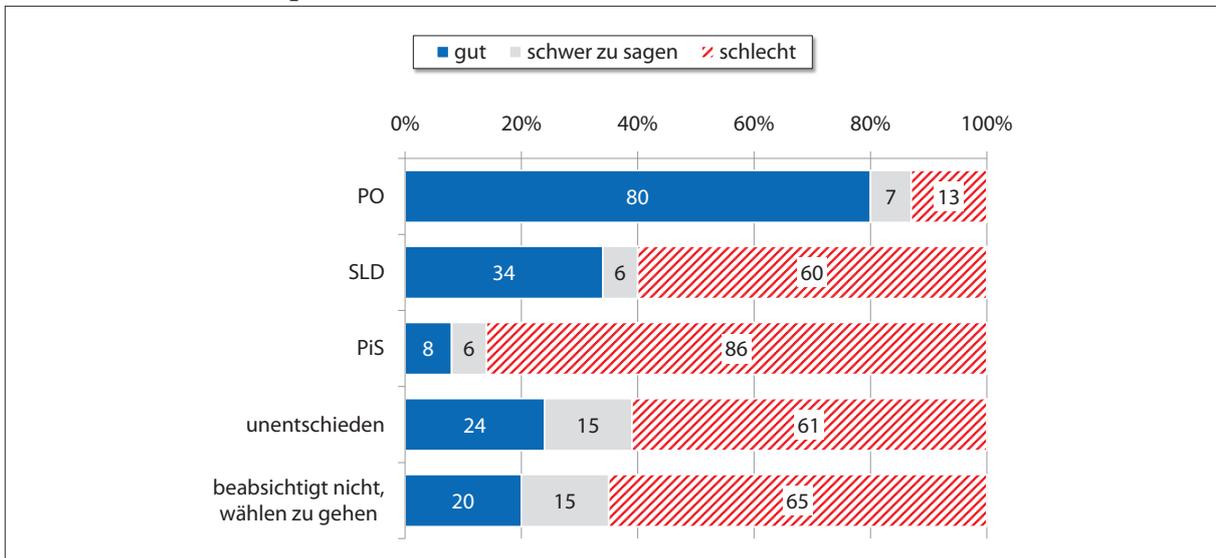
Grafik 7: Ermöglicht die Politik der gegenwärtigen Regierung eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage?



Anm.: Die Antwort »schwer zu sagen« wurde nicht berücksichtigt.

Quelle: CBOS BS/56/2011: Stosunek do rządu w maju [Das Verhältnis zur Regierung im Mai]. Warszawa 05/2011. www.cbos.pl

Grafik 8: Bewertung der Wirtschaftspolitik der Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk (nach potentiellen Wählerschaften, %)



Repräsentative Erhebung 5.–11. Mai 2011

Anm.: Aufgrund der geringen Anzahl von PSL-Anhängern in der Umfrage wurden sie nicht in die Auswertung aufgenommen.

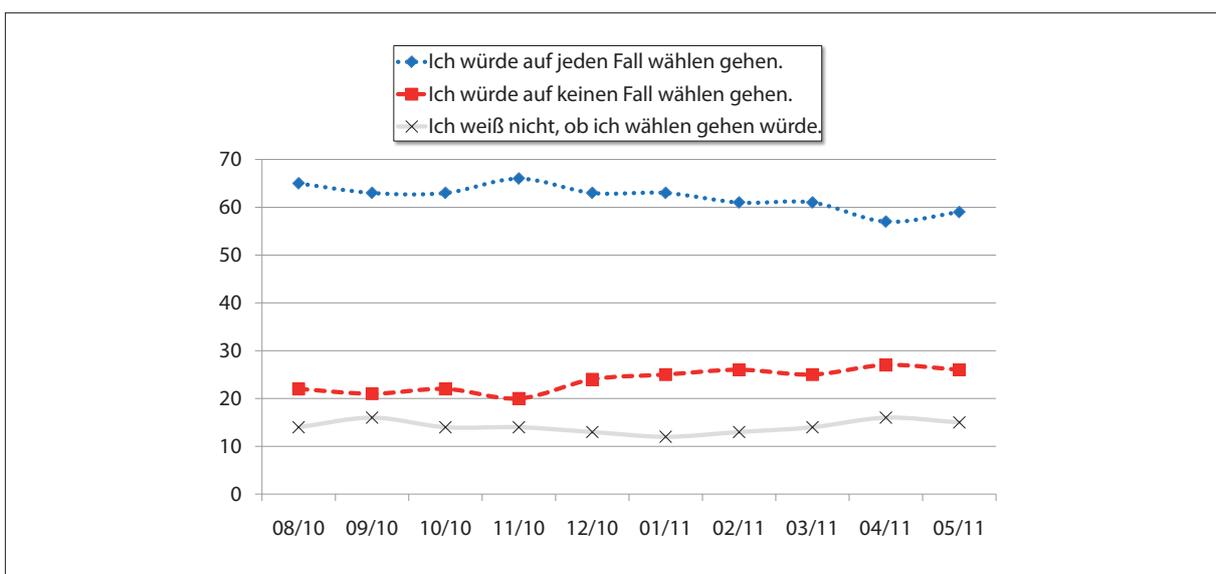
PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform

SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej/Demokratische Linksallianz

PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit

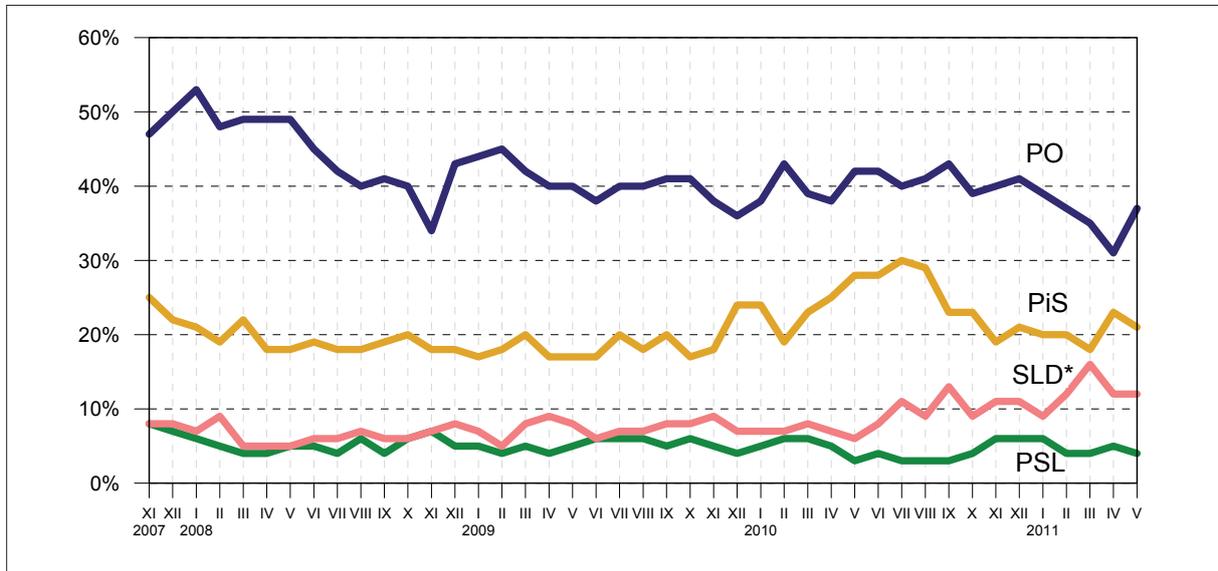
Quelle: CBOS BS/56/2011: Stosunek do rządu w maju [Das Verhältnis zur Regierung im Mai]. Warszawa 05/2011. www.cbos.pl

Grafik 9: Würden Sie bei Parlamentswahlen wählen gehen?



Quelle: CBOS BS/54/2011: Preferencje partyjne w maju [Parteipräferenzen im Mai]. Warszawa 05/2011. www.cbos.pl

Grafik 10: Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Parlaments- und Senatswahlen wären?



Anm.: Berücksichtigt wurden die Antworten derer, die angaben, zur Wahl gehen zu wollen.

*November 2007 bis März 2008: Unterstützung für das Bündnis Lewica i Demokraci (Linke und Demokraten), bestehend aus SLD, SdPi, UP und PD

PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform

SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej/Demokratische Linksallianz

PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit

PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei

Quelle: CBOS BS/54/2011: Preferencje partyjne w maju [Parteipräferenzen im Mai]. Warszawa 05/2011. www.cbos.pl

CHRONIK

Vom 17. Mai bis 6. Juni 2011

17.05.2011	Der Berater des Staatspräsidenten, Tomasz Nałęcz, spricht sich dafür aus, dass die CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach, die Möglichkeit haben sollte, die Kirche der Seeleute (Kościół Ludzi Morza) »Stella maris« in Gdingen (Gdynia) zu besuchen, in der eine Gedenktafel an die Opfer der 1945 versenkten Flüchtlingsschiffe »Wilhelm Gustloff«, »Steuben« und »Goya« erinnert. Anlass des Kommentars von Nałęcz ist der geplante Besuch von Steinbach in Gdingen, Danzig (Gdańsk) und ihrem Geburtsort Rahmel (Rumia), in dessen Vorfeld der Redemptoristenorden als Hausherr der Kirche »Stella maris« angekündigt hat, am betreffenden Tag die Kirche nur zum Gottesdienst zu öffnen.
18.05.2011	Verteidigungsminister Bogdan Klich stellt auf einer Pressekonferenz den Verteidigungshaushalt für das Jahr 2012 vor, der 29,3 Mrd. Zloty (ca. 7,38 Mrd. Euro), das ist ein Zuwachs um 7 %, betragen wird. Klich kündigt den Kauf von Kampfhubschraubern und -flugzeugen sowie die Modernisierung der Flugabwehr an.
19.05.2011	Auf der Gedenkfeier auf dem St. Annaberg (Woiwodschaft Oppeln – województwo opolskie) zum 90. Jahrestag des Dritten Oberschlesischen Aufstands weist Staatspräsident Bronisław Komorowski darauf hin, dass die Schlesischen Aufstände Schlesien mit dem polnischen Mutterland fest verbunden hätten und so auch das Schlesiertum und das Polentum. Komorowski erinnert daran, dass die Einstellung zu den Aufständischen schlesische Dörfer, Städte, aber auch Wohnblocks und Familien gespalten habe. So seien beispielsweise Schlesier, die sich als Deutsche fühlten, gegen den Aufstand gewesen.

20.05.2011	In Bromberg (Bydgoszcz) trifft sich Außenminister Radosław Sikorski mit seinen Amtskollegen des Weimarer Dreiecks (Polen, Deutschland, Frankreich), Guido Westerwelle und Alain Juppé. Thematisiert werden die EU-Ratspräsidentschaft Polens in der zweiten Jahreshälfte 2011, die Situation in Belarus und in den arabischen Staaten und das Verhältnis zwischen der EU und Kroatien sowie der Ukraine. Sikorski kündigt Sanktionen gegen belarussische Firmen an, die die Regierung von Alexander Lukaschenko unterstützen.
21.05.2011	Auf dem Kongress des Jugendverbands von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jugendforum PiS (Forum Młodych PiS), wird ein Beschluss verabschiedet, der die Regierung auffordert, gegen die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen entschieden vorzugehen, die derzeit bei 23 % in der Altersgruppe bis 25 Jahre liege.
22.05.2011	Einem Bericht der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« zufolge hat der Pfarrer der Kirche »Stella maris« in Gdingen (Gdynia) seine Ankündigung aufgehoben, die Kirche während des Besuchs der CDU-Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach, in Gdingen nur für den Gottesdienst zu öffnen. Dies sei aufgrund einer Initiative des deutschen Generalkonsuls geschehen. In der Kirche »Stella maris« befindet sich eine Gedenktafel für die Opfer der 1945 versenkten Flüchtlingsschiffe »Wilhelm Gustloff«, »Steuben« und »Goya«, an der Steinbach beabsichtigt, Blumen niederzulegen.
23.05.2011	Die Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« verleiht Bundespräsident a.D. Richard von Weizsäcker den Titel »Mann des Jahres« (Człowiek Roku). In der Begründung schreibt Chefredakteur Adam Michnik, Weizsäcker sei für die Zeitung das Vorbild eines Politikers, der Christ sei, eines deutschen Patrioten, der ein konsequenter Demokrat sei, und eines Europäers, der eine Synthese aus nationalen und universalen Werten verkörpere. Für die Polen habe sein Engagement für den polnisch-deutschen Dialog, den Beitritt Polens zur NATO und zur Europäischen Union große Bedeutung gehabt.
24.05.2011	Der stellvertretende Sejmarschall Jerzy Wenderlich (Demokratische Linksallianz/Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) wirft der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) auf einer Pressekonferenz vor, der katholischen Kirche nachzugeben, da Sejmarschall Grzegorz Schetyna (PO) untersagt hat, eine Ausstellung über Abtreibungen in Polen im Sejm zu zeigen. So würden Abtreibungen in den Untergrund verdrängt. Schetyna hatte seine Entscheidung damit begründet, dass bis zu den Parlamentswahlen im Herbst keine Ausstellungen im Sejm gezeigt werden sollen, deren Inhalt im Wahlkampf instrumentalisiert werden könnten.
25.05.2011	In den 16 Woiwodschaftshauptstädten finden unter dem Motto »Eure Politik – unsere Armut« Demonstrationen mit insgesamt 30.000 bis 50.000 Teilnehmern statt. Organisator ist die Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft Solidarność (Niezależny Samorządny Związek – NSZZ Solidarność).
26.05.2011	Der Sejm lehnt den Antrag von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) auf ein Misstrauensvotum gegen Gesundheitsministerin Ewa Kopacz ab. PiS wirft Kopacz u. a. die Privatisierung von Krankenhäusern vor, was zu einer Kommerzialisierung des Gesundheitswesens führen könne.
28.05.2011	Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Ministerpräsident Donald Tusk stellt der US-amerikanische Präsident Barack Obama Polen als einen der engsten und stärksten Verbündeten der Vereinigten Staaten heraus. Für den Herbst dieses Jahres kündigt er einen amerikanisch-polnischen Runden Tisch für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern an. Tusk begrüßt das Angebot der USA, in Energiefragen (Schiefergas, Atomenergie) mit Polen zusammenzuarbeiten.
30.05.2011	In Warschau findet eine gemeinsame Sitzung der Präsidien des Sejm und des Bundestags aus Anlass des 20. Jahrestags der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit statt. Thematisiert werden u. a. der Status der in Deutschland lebenden Gruppe der Deutschen mit polnischsprachigem und polnischem kulturellem Hintergrund, die Situation in Nordafrika und die polnische EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2011.
31.05.2011	Die Regierung verabschiedet das Programm für die polnische EU-Ratspräsidentschaft, die am 1. Juli 2011 beginnen wird. Prioritäten sind die Integration der EU-Länder als Quelle für Wachstum und Entwicklung, eine europäische Verteidigungspolitik und die Erweiterung der EU in der Zukunft, konkret in Richtung Kroatien, Serbien, Montenegro und Moldawien. Ministerpräsident Donald Tusk appelliert an die Sejmfraktionen, die Ratspräsidentschaft nicht im Wahlkampf für die Parlamentswahlen in Polen im Herbst zu instrumentalisieren.
01.06.2011	Das Militärkreisgericht in Warschau spricht die sieben polnischen Soldaten frei, die im August 2007 bei Nangar Khel (Afghanistan) sechs Zivilisten getötet hatten. Grund sei der Mangel an Beweisen, dass die Soldaten die Zivilisten auf Befehl oder absichtsvoll getötet hätten und dass es zu einem Kriegsverbrechen gekommen sei. Ließen sich Zweifel nicht ausräumen, dürfe nicht zum Nachteil der Angeklagten entschieden werden.

02.06.2011	Sejmmarschall Grzegorz Schetyna (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO) spricht sich dafür aus, das Gesetzesprojekt über gleichgeschlechtliche Partnerschaften erst in der nächsten Legislaturperiode im Sejm zu behandeln. Das Gesetz sei zu schwierig und emotional belastet, als dass es noch vor den Parlamentswahlen im Herbst verabschiedet werden sollte.
02.06.2011	Ministerpräsident Donald Tusk stellt in Paris seinem Amtskollegen François Fillon und dem französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy das Programm der polnischen EU-Ratspräsidentschaft vor, die am 1. Juli 2011 beginnen wird. Tusk hebt die Vereinbarung hervor, dass Frankreich sich nicht gegen die Förderung von Schiefergas in Polen stellen werde. Darüber hinaus könne Polen mit der Unterstützung Frankreichs bei den Arbeiten am Assoziierungsabkommen und in Sachen Freihandelszone zwischen der EU und der Ukraine rechnen.
04.06.2011	In Warschau findet der erste Parteitag von Polen ist das Wichtigste (Polska Jest Najważniejsza – PJN) statt, auf dem Joanna Kluzik-Rostowska, Gründungsmitglied und Vorsitzende, mitteilt, dass sie nicht für die Wahl der Parteivorsitzenden zur Verfügung stehe. Neuer Chef von PJN wird der Europaabgeordnete Paweł Kowal. Kluzik-Rostowska begründet ihren Rückzug damit, dass die Auseinandersetzung von PJN mit der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), die zur Gründung von PJN geführt hatte, nicht mehr ihren Vorstellungen entspreche.
06.06.2011	Der Fraktionsvorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) Tomasz Tomczykiewicz gibt bekannt, dass die PO offen für die Aufnahme ehemaliger Parteimitglieder von Polen ist das Wichtigste (Polska Jest Najważniejsza – PJN) sei.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der knapp 60.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2011 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen